

0 1 4 8

Vor. 026 - 1

325705

Rue In Ukraine
inspecteur

O.U., den 2. Dezember 1941

Geheim

An den

Chef des Wi Rue Amtes
im O.K.
Herr General der Inf. Thomas

Berlin
Kurfürstenstr. 63 - 67

- 1 - Anlage

Zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Chef i Rue Amt übergebe ich einen Geamtsbericht über die derzeitige Lage im Reichskommissariat Ukraine, in welchem ich die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten und Spannungen, sowie die zu ernsten Besorgnissen Anlass gebenden Fragen mit vollster Offenheit und unmissverständlicher Deutlichkeit niedergelegt sind.

Ich habe bewusst davon Abstand genommen, einen solchen Bericht auf dem Dienstwege vorzulegen oder ihn anderen interessierten Stellen zur Kenntnis zu bringen, da ich mir keinen Erfolg davon verspreche, vielmehr befürchte, dass die Schwierigkeiten und Spannungen sowie die unterschiedlichen Aufassungen bei der besondaren Art der Verhältnisse sich nur vergrössern würden.

Nur an massgebender Stelle kann, wenn sie klar sieht, im Rahmen des Möglichen eine Abstellung herbeigeführt werden.

Der Bericht ist von OHV Rat Prof. Seraphim abgefasst und trägt nicht einen amtlichen, sondern einen durchaus persönlichen Charakter.

Ich schliesse mich in allen Punkten den gemachten Ausführungen an.

Ich darf noch hinzufügen, dass die Lageberichte, in denen die bestehenden sachlichen Schwierigkeiten rückhaltlos offen dargestellt werden, den in Frage kommenden Dienststellen zugehen und dass unabhängig hiervon von mir nichts unversucht geblieben ist, auf die bestehenden Schwierigkeiten und Mängel auch den Herrn des Reichskommissars Ukraine gegenüber immer wieder persönlich hinzuweisen, damit sie abgestellt werden.

Ich wäre denbar, wenn der anliegende Bericht nur zur eigenen Unterrichtung des Herrn Chef i Rue Amt und seiner engsten Mitarbeiter herangezogen werden würde, eine Weiterverwertung der wesentlichen Punkte, je vor allem zur Abstellung der zu ernsten Besorgnissen Veranlassung gebenden Lage in Frage kämen, dem Herrn Chef i Rue Amt ausschliesslich selbst vorbehalten bliebe.

A 0900 43

Vol. 226-3

Siehe Abschöpfung landwirtschaftlicher Überschüsse aus dem Ukraine für Ernährungswecke des Reiches ist mithin nur denkbar, wenn der ukrainische Binnenverkehr auf ein Minimum gedrückt wird. Es wird versucht das zu erreichen:

1. durch Ausmerzung überflüssiger Fresser (Juden, Bevölkerung der ukrainischen Grossstädte, die wie Kiew, überhaupt keine Lebensmittelzuweisung erhalten);
2. durch Aussortierung derjenigen Ukrainer der übrigen Städte zur Verfügung gestellten Rationen;
3. durch Verminderung des Verzehrs der bauernlichen Bevölkerung.

Man muss sich darüber klar sein, dass in der Ukraine letzten Endes nur die Ukrainer durch Arbeit Wirtschaftswerte erzeugen können, wenn wir die Juden totschiessen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Grossstadtbevölkerung zum erheblichen Teile dem Hungertod ausliefern, im kommenden Jahre auch einen Teil der Landbevölkerung durch Junger verlieren werden, bleibt die Frage unbeantwortet: Wer dann in hier eigentlich wirtschaftswerte produziert? Dass bei dem Knappesse Menschen im Deutschen Reich weder jetzt noch in Zukunft genügend in erforderlicher Zahl zur Verfügung stehen können, ist unzweifelhaft. Wenn der Ukrainer aber arbeiten soll, muss er physisch erhalten werden, nicht aus einem Sentiment sondern aus rein nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen. Dazu gehört aber in erster Linie auch die Schaffung eines geordneten Verhältnisses zwischen Geld, Warenpreisen und Arbeitslohn.

(Zusammenfassung.)

Bevölkerung.

Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung ist trotz der in den letzten Monaten erfolgten Verschlechterung ihrer materiellen Lage noch gutwillig. Bei einer mit Sicherheit vorauszusehenden weiteren Verschlechterung ihrer Ernährungslage ist mit einem Stimmungsumschwung zu rechnen.

Die Volksdeutschen der Ukraine bilden kein Element, auf das sich Verwaltung und Wirtschaft des Landes stützen können.

Ein erheblicher Teil der Juden, die in den Städten des RK teilweise mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, sind hingerichtet worden. Damit ist der grösste Teil der Handwerker ausgestorben und dadurch auch Belange der Wehrmacht (Truppenbedarf, Unterkünfte) verhürt.

Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Gesundheitszustand der Kriegsgefangenen ist schlecht, die Sterblichkeit sehr gross. Mit dem Abgang vieler Zehntausend ja Hunderttausende in diesem Winter ist zu rechnen. Darunter befinden sich Kräfte, die für die Wirtschaft der Ukraine erfolgreich hätten nutzbar gemacht werden können auch Lucharbeiter und Handwerker.

A 090016

Vol. 226

167 P.

c) Judenfrage.

Die Ordnung der Judenfrage in der Ukraine war schon deshalb ein schwieriges Problem, weil die Juden in den Städten einen Grossteil der Bevölkerung ausmachten. Es handelt sich also - ebenso wie im G.G. - um ein bevölkerungspolitisches Massenproblem. Viele Städte wiesen einen Judenteil von über 50% auf. Vor den deutschen Truppen geflohen waren nur die reichen Juden. Das Gros der Judentheit verblieb der deutschen Verwaltung. Für diese komplizierte sich die Frage dadurch, dass diese Juden fast das gesamte Handwerk, sogar einen Teil der Arbeitsschafft der Klein- und Mittel-Industrien erfüllten, abgesehen vom Handel, der z.T. infolge der direkten oder indirekten Kriegseinwirkung überflüssig geworden war. Die Beseitigung musste mithin tiefgreifende wirtschaftliche direkt wirtschaftliche Rückwirkungen (Fertigung für Truppenbedarf) haben.

Die Haltung der jüdischen Bevölkerung war von vornherein angstlich - willig - sie suchten alles zu vermeiden, um der deutschen Verwaltung zu missfallen. Dass sie die deutsche Verwaltung und Armee im Innern hassten, ist selbstverständlich und kann nicht Wunder nehmen. Es ist aber nicht beweisbar, dass die Juden geschlossen oder auch nur in grössterem Umfang an Sabotageakten u.a. beteiligt waren. Sicher hat es unter ihnen - genau so wie unter den Ukrainern - einige Terroristen oder Saboteure gegeben. Dass die Juden als solche aber irgendeine Gefahr für die deutsche Wehrmacht darstellen, kann nicht behauptet werden. Mit der Arbeitsleistung der Juden, die selbstverständlich durch kein anderes Gefühl als die Angst angetrieben wurden, ist Truppe und deutsche Verwaltung auf jeden gewesen.

Die jüdische Bevölkerung ist im unmittelbaren Anschluss an die Kampfhandlungen zunächst unbehelligt geblieben. Erst Wochen, z.T. Monate später wurde eine plannende Ausschässung der Juden durch dazu eigens abgestellte Formationen der Ordnungspolizei durchgeführt. Diese Aktion ging im wesentlichen von Osten nach Westen. Sie erfolgte durchaus öffentlich unter Beteiligung ukrainischer Miliz, vielfach leider auch unter freiwilliger Beteiligung von Wehrmachtangehörigen. Die Art der Durchführung der Aktionen, die sich auf Männer und Greise, Frauen und Kinder jedes Alters erstreckte, war graushaft. Die Aktion ist in der Massenhäufigkeit der Hinrichtungen so eigenartig wie bisher keine in der Sowjetunion vorgenommene gleichartige Massenaktion. Insgesamt dürften bisher etwa 150000 bis 200000 Juden in dem zum RK-schörgigen Teil der Ukraine exekuiert, bisher wurde auf diese wirtschaftlichen Belange keine Rücksicht genommen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die in der Ukraine durchgeführte Art der Lösung der Judenfrage offenbar von prinzipiell weltanschaulichen Gedankengängen getragen, nachstehende Folgen gehabt hat:

- a) Beseitigung eines Teils z.T. überflüssiger Esse in den Städten
- b) Beseitigung eines Bevölkerungsanteiles, der uns zweifellos hasste
- c) Beseitigung eines dringend notwendiger Handwerker, die auch für Wirtschaftsbalance vielfach unentbehrlich waren,
- d) Außenpolitisch-propagandistische Folgen, die auf der Hand liegen
- e) Nachteilige Wirkungen auf die jedenfalls mittelbar mit den Exekutionen in Berührung kommende Truppe
- f) Verzerrende Wirkung auf die die Exekutionen durchführenden Formationen (Ordnungspolizei).

A 193045